

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Quersstraße Nr. 8) und Dresden (Bei G. Höfner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 1.)

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Ngr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

Deutschland.

Berlin, 11. Febr. Die Mission des Hrn. David hat neben ihrem bestimmten Charakter hauptsächlich den Zweck, die Stimmung der Höfe in Hinsicht auf das Kaiserthum zu sondiren und die vielfach gegebenen Versicherungen einer friedlichen Politik von Paris aus in vertraulicher Weise zu wiederholen. Hr. David soll gewissermaßen Sympathien für die Regierung Ludwig Napoleon's an den Höfen fördern oder erwecken. In dieser Beziehung ist seine Aufgabe weniger auf den Verkehr mit den Ministern, als vielmehr auf einen solchen mit einflussreichen Personen der Höfe, an welche er sich begibt, gerichtet. — In Frankfurt entfaltet der österreichische Botschaftsattaché jetzt auch in polizeilicher Beziehung eine große Thätigkeit. Es ist als sicher anzunehmen, daß die jüngsten polizeilichen Maßregeln des Senats auf directe Veranlassung des Grafen Thun erfolgt sind und daß Graf Thun mit dieser Partie der frankfurter Verwaltung überhaupt in einem sehr lürrten Verhältnisse steht.

— In Elberfeld wurde am 9. Febr. die Nummer der Elberfelder Zeitung von der Polizei mit Beschlag belegt, dem Vernehmen nach wegen eines Leitartikels „Aus dem Bergischen“, welcher die Folgen der Besteuerung der Presse zum Gegenstande haben soll.

München, 10. Febr. Ein höchst auffallender Mord wurde heute Vormittag an einem jungen Krämer in einem Cigarrenladen an einem der belebtesten Plätze verübt, ohne daß man bis jetzt eine Spur des Raubmörders, der nur sehr geringen Gewinn von seinem Raube hatte, hätte finden können.

— Aus Kurhessen vom 7. Febr. schreibt man: Die Stellung, welche Kurhessen dem Deutschen Zollverein gegenüber einzunehmen scheint, fängt an, uns mit Besorgnissen zu erfüllen; denn wir haben noch in freischem Andenken den Zustand, in welchen uns jene Abschließung und selbständige Zollgesetzgebung versetzte, welche dem Beitritt unsers Landes zum Deutschen Zollverein einige Jahre vorausging. Nehmen wir den Krieg und seine unheiligen Folgen aus, so kann eine Regierung der materiellen Wohlfahrt eines so kleinen und so wenig arrondirten Landes keine tiefern Wunden schlagen als durch eine solche Abschließung; denn alle unsere Handelsbeziehungen gehen nach außen, und jede Stadt und jedes Dorf ist nicht in einem selbständigen Handelsgebiete, sondern im Grenzgebiete gegen das eine oder das andere Ausland gelegen. Jene Ausschließung hatte daher auch beim Ausbruche der Julirevolution eine so allgemeine Erbitterung hervorgerufen, daß sich die Volksaufstände, welche ihr folgten — wenigstens im südlichen Theile des Landes —, ausschließlich gegen die Zollstätten richteten. In einen solchen Zustand würde uns ein Losreißen vom Deutschen Zollverein zurückversetzen.

— Aus Bremen vom 11. Febr. meldet die Weser-Zeitung: Die Weser hat heute die Höhe von 16 Fuß überstiegen und die niedrigen Stadtheile unter Wasser gesetzt. Das Steigen dauert noch fort, jedoch sehr langsam und bei dem eingetretenen Frostwetter ist ein baldiges Fallen des Stromes zu erwarten. Unsere Stromberichte von oben her sind uns bis jetzt (12 Uhr) noch nicht zugegangen.

— Aus Hamburg vom 9. Febr. meldet die Magdeburger Zeitung: Bei Wandsbek hat in den letzten Tagen ein blutiger Zusammenstoß zwischen österreichischen Soldaten und den Grenzgendarmen stattgefunden, wobei beide Theile von ihrer Schusswaffe Gebrauch machten. Es versuchten nämlich die österreichischen Soldaten verschiedene zollpflichtige Gegenstände ins Holsteinische hineinzuschmuggeln, und da sie sich von den holsteinischen Gendarmen verfolgt sahen, schossen sie auf diese scharf, ohne aber einen derselben zu treffen. Bei dem Gegenangriffe der Gendarmen sollen nun einige Oesterreicher verwundet worden sein. Die Scene endigte mit der Verhaftung der Soldaten.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 9. Febr. So viel oder wenig an dem in der auswärtigen Presse verbreiteten Gerüchte von einer beabsichtigten Occupation der Schweiz durch Oesterreich und Frankreich gegründet sein mag, so steht ich sicherlich nicht an, einzuräumen, daß ein Damoklesschwert über unserer Selbständigkeit hängt, nachdem die europäische Rückbewegung zur „Ruhe und Ordnung“ so weit gediehen ist, daß die Ruhe und Ordnung Europas von der Lanze eines Mannes abhängt, dessen eigenthümliche Qualification freilich seine Machtvollkommenheit über Sein und Nichtsein des europäischen Friedens in verhängnisvollem Lichte erscheinen lassen muß. Doch wollte ich Ihnen heute nur berichten, daß das Einlaufen einer energischen Note des Prinz-Präsidenten an den Bundesrath außer Zweifel gesetzt ist durch die Maßnahme des Bundesraths, welche im nachfolgenden Circularschreiben an die Cantonsregierungen ausgesprochen wird. Ob die Note mit mehr oder

minder kategorischem Imperativ dictirt war, ist zuvörderst noch Staatsgeheimniß, jedenfalls aber muß sie die Flüchtlingsangelegenheit besonders accentuirt und hierin ein entschiedenes Entgegenkommen verlangt haben. Das bundesrätliche Circularschreiben lautet:

Getreue, liebe Eidgenossen! Die Ereignisse, welche in Frankreich staththatten, führten neue politische Flüchtlinge auf unser Gebiet, und es ist kaum zu bezweifeln, daß nicht noch mehr derselben kommen werden. Diese Thatsache macht in der schon längst über der Schweiz schwebenden Flüchtlingsfrage neue Verfügungen nothwendig. Der Bundesrath erachtet es daher für seine Pflicht, einerseits sich sofort eine genügende Ueberzeugung zu verschaffen, ob seine früheren Beschlüsse über Internirung und Ausweisung von Flüchtlingen überhaupt ihrem ganzen Umfange nach vollzogen worden seien, und andererseits die erforderlichen Maßregeln zu treffen, damit das Asyl, welches die Schweiz vielleicht einzelnen Flüchtlingen zu gestatten im Falle ist, in keiner Weise mißbraucht werde, sei es durch diese Personen, sei es durch Ausdehnung desselben auf solche Individuen, die dasselbe nicht bedürfen oder vermöge ihrer Antecedentien desselben nicht würdig sind. Diese Zwecke glaubt der Bundesrath am schnellsten und besten durch Anstellung von eidgenössischen Commissaren erreichen zu können, welche sich nach Umständen, vereint oder einzeln, in diejenigen Cantone zu begeben hätten, in denen ihre Anwesenheit, um das oben angeführte Ziel zu erlangen, erforderlich sein dürfte. Er hat daher zu dieser Mission die Herren Regierungspräsident Dr. Kern von Frauenfeld und Gerichtspräsident Joh. Brog von Olten mit dieser Sendung beauftragt, und ersucht Sie, getreue, liebe Eidgenossen! dieselben in dieser Eigenschaft freundschaftlich aufzunehmen und aufs kräftigste zu unterstützen etc.

Die bezeichneten Männer sind bereits behufs ihres Auftrags nach Lausanne und Genf abgereist.

Spanien.

Madrid, 8. Febr. (Telegraphische Depesche der Kölnischen Zeitung.) Der Zustand der Königin ist entschieden in das Stadium der Genesung eingetreten.

Frankreich.

Paris, 9. Febr. Seitdem die Regierung erfahren, daß die finanziellen Projekte Persigny's und namentlich die Einkommensteuer die ohnehin aufs Aeußerste gebrachte Bourgeoisie vollends zur Verzweiflung bringen würde, hat man beschlossen, vorderhand langsamer zu Werke zu gehen. Man würde sich demnach auf die Abschaffung der Verzehrssteuer beschränken. Der beziehungsweise Ausfall soll durch eine Vermehrung der Patentssteuer für Besizer von Weinhäusern und Restaurants gedeckt werden. Zugleich denkt man an eine Vermehrung der Bohnsteuer, diese ist aber schon so hoch, daß die finanziellen Fachmänner, die zu Rathe gezogen wurden, hiervon abrathen zu müssen glaubten. Der Präsident läßt sich aber durch solche Rücksichten nur zeitweilig von seinen festgesetzten Entschlüssen abhalten. So soll auch der Kampf gegen die Unabhängigkeit der Magistratur, wenn gleich in veränderter Gestalt, wieder aufgenommen werden. Da man sich bemüßigt sah, die Unabhängigkeit der Richter in der Verfassung zu garantiren, sucht man nun diese Bürgschaft dadurch zu entkräften, daß sich die Regierung das Recht zurücknehmen würde, jeden Richter, der das 68. oder 70. Lebensjahr überschritten (man schwankt zwischen beiden Zahlen), in Pensionsstand versetzen zu dürfen. Durch diese Maßregel würde die Erledigung des dritten Theils der Magistratsstellen facultativ nur mit ergebenen Anhängern des Elysee besetzt werden können. In der Umgebung des Präsidenten hat man gegen diesen Gewaltstreich verschiedene Argumente anzuhängen gesucht und zuletzt auch darauf aufmerksam gemacht, wie die nothwendig werdenden Pensionen das Budget mit 1,500,000 Fr. jährlich belasten müßten. Ludwig Napoleon hat aber bereits gezeigt, daß er sich durch solche Rücksichten nicht bestimmen lasse. So bleibt er hartnäckig bei der gänzlichen Durchführung des Confiscationsdecrets trotz der unaufhörlichen Vorstellungen, mit denen er von den verschiedensten Seiten her behelligt wird. Er erwiderte z. B. jüngst dem einen der Vorsteher des obersten Rechnungshofs, dem bekannten Finanzstatistiker Audiffret: „Sie sind nun bereits die dreißigste Person, welche mir hierüber und in diesem Sinne spricht, allein ich bleibe unerschüttert, denn es handelt sich für mich um eine politische Frage und um meinen Todhaß gegen die Orleansisten.“ Bei der allgemeinen Mißbilligung, welche diese Confiscationsmaßregel überall gefunden, ist die Regierung doch besorgt, die gesetzgebende Parodie, welche nun endlich zusammentreten soll, dürfe ihre beschränkten Befugnisse zu einer Protestation in dieser Angelegenheit anwenden wollen. Sie verlangt daher von den Männern, welche als Candidaten der Regierung sich in den Vordergrund stellen wollen, die Versicherung, daß sie gegen diese Maßregel in der Kammer nicht agitiren werden. Ein solches Versprechen wurde namentlich den H. Ancel und Mortemart abverlangt, als diese erklärten, sich für das untere Seinedepartement wählen lassen zu wollen. — Die Wahlen fangen an, auch unsere Hauptstadt ein wenig zu beschäftigen, und wenn man, wie sich